

Stadt Bergisch Gladbach
Die Bürgermeisterin

Ausschussbetreuender Fachbereich Bildung, Kultur, Schule und Sport	Datum 15.07.2004
	Schriftführerin Barbara Hieronymi
	Telefon-Nr. 02202/14467
Niederschrift	
Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport	Sitzung am Dienstag, 29. Juni 2004
Sitzungsort Rathaus Bergisch Gladbach, Großer Ratssaal, Konrad-Adenauer-Platz, 51465 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 18:00 Uhr – 19:10 Uhr
	Unterbrechungen: keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
Seite A 3
- 2. Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -**
Seite A 3
- 3. Mitteilungen des Vorsitzenden**
Seite A 3
- 4. Mitteilungen der Bürgermeisterin**
Seite A 3
- 5. Neubau eines Vereinsheimes mit integrierter Gymnastikhalle durch den TV Herkenrath**
345/2004 Seite A 4
- 6. Änderung der Trägerschaft der Bürgerzentren Refrath/Haus Steinbreche und Schildgen/Katterbach**
339/2004 Seite A 5

- 7. **Sonderförderung Kultur 2. Halbjahr**
349/2004 *Seite A 6*
- 8. **Theaterbericht 2003**
356/2004 *Seite A 7*
- 9. **Anträge der Fraktionen**
Seite A 7
- 10. **Anfragen der Ausschussmitglieder**
Seite A 8

B	<u>Nichtöffentlicher Teil</u>
1.	Genehmigung der Niederschrift - nichtöffentlicher Teil - <i>Seite B 1</i>
2.	Mitteilungen des Vorsitzenden <i>Seite B 1</i>
3.	Mitteilungen der Bürgermeisterin <i>Seite B 1</i>
4.	Ankauf der ehemals von den belgischen Streitkräften als Grundschule und Kindergarten genutzten Liegenschaft "Taubenstraße 11 - 13" von der Bundesrepublik Deutschland, Bundesfinanzverwaltung, vertreten durch das Bundesvermögensamt Köln <i>344/2004 Seite B 1</i>
5.	Ausübung des Vorschlagsrechtes bei der Besetzung einer stellvertretenden Schulleiterin an der Städtischen Marie-Curie-Realschule <i>355/2004 Seite B 2</i>
6.	Ausübung des Vorschlagsrechtes bei der Besetzung der Stelle einer Konrektorin an der Städtischen Wilhelm-Wagener-Schule <i>357/2004 Seite B 2</i>
7.	Anträge der Fraktionen <i>Seite B 2</i>
8.	Anfragen der Ausschussmitglieder <i>Seite B 2</i>

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Stadtverordneter, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Herr Dr. Miede eröffnet um 18.00 Uhr die Sitzung, begrüßt die Mitglieder der beiden Ausschüsse, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste und stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden bzw. stellvertretenden Ausschussmitglieder (s. Anwesenheitsliste) fest.

2 <-@ Genehmigung der Niederschrift - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird **einstimmig** genehmigt.

3 <-@ Mitteilungen des Vorsitzenden

@->

Der Ausschussvorsitzende, Herr Dr. Miede, begründet, warum diese Sondersitzung stattfinden muss: der ursprünglich angesetzte Termin der Sitzung am 20.07.04 sei seinerzeit von ihm festgelegt worden, um notwendige Personalentscheidungen für die Schulen noch kurz vor der Sommerpause treffen zu können. Nun seien aber Entscheidungen in der morgigen Sitzung des Finanz- und Liegenschaftsausschusses fällig, die zuvor in diesem Fachausschuss beraten werden müssen. In den betreffenden Vorlagen der Verwaltung (Vorlage A 5, A 6 und B 4) seien noch Unklarheiten und offene Fragen enthalten, die geklärt werden müssen.

4 <-@ Mitteilungen der Bürgermeisterin

@->

Herr Kotulla berichtet, dass die Verwaltung die Anträge auf Bezuschussung zur Ganztagsbetreuung in den ausgewählten Grundschulen, u.a. auch auf die Bewilligung der Betriebskostenzuschüsse, fristgerecht bei der Landesregierung eingereicht habe, dann überraschend die Mitteilung des Regierungspräsidenten erhielt, dass im Landeshaushalt zu wenig Mittel für dieses Projekt vorhanden sei und deshalb die Anträge bisher nicht bearbeitet geschweige denn bewilligt wurden. Es sollen aber laut Städte- und Gemeindebund in einem Nachtragshaushaltsplan zusätzliche Mittel für die Ganztagsbetreuung bereitgestellt werden, um alle Anträge bewilligen zu können. Am 3./4. Juli 2004 entscheide der Landtag über den Nachtragshaushalt. Er habe den Regierungspräsidenten darauf aufmerksam gemacht, dass das nächste Schuljahr bald be-

ginne und daher Zeitdruck bestehe und die Bewilligung der Zuschüsse unverzüglich ausgesprochen werden müsse, um die geplanten Maßnahmen beginnen zu können. Den Trägern könne nicht zugemutet werden, ohne diese finanzielle Zusicherung Personalentscheidungen zu treffen.

Herr Dr. Speer stellt Herrn Herweg als neuen stellvertretenden Leiter des Hauses der Musik in Nachfolge von Frau Ritter vor und berichtet über die erfolgreiche Teilnahme der Max-Bruch-Musikschule am Landeswettbewerb „Jugend musiziert“; das Gitarrenquartett „Fourtunes“ habe sogar im Bundeswettbewerb „Jugend musiziert“ den 1. Platz erobert.

Er lädt die Ausschussmitglieder zu verschiedenen Veranstaltungen im Kultur- und Schulbereich ein.

5

<-@

Neubau eines Vereinsheimes mit integrierter Gymnastikhalle durch den TV Herkenrath

@->

Aufgrund des beschriebenen schul- und sportfachlichen Bedarfs und dem hohen Sanierungsbedarf des Clubhauses des TV Herkenrath und der Alten Schule Bärbroich wird der Neubau eines Vereinsheims mit integrierter Gymnastikhalle auch wegen seiner Entlastungsfunktion für die Schulen von allen Fraktionen grundsätzlich als notwendig erachtet..

So stimme die CDU (Frau Dr. Weil, Herr Dehler, Herr Nagelschmidt) grundsätzlich dem Bau dieses Vereinsheims zu, bestehe jedoch darauf, dass alle interessierte Vereine in die Verhandlungen einbezogen werden und erst dann ein Nutzungs- und Finanzierungskonzept aufgestellt werde. Die Finanzierung könne so auf mehrere Schultern verteilt und müsse im HSK sichergestellt werden.

Frau Scheerer empfiehlt ebenso wie Frau Koshofer für ihre Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, den Neubau möglichst schnell in die Wege zu leiten.

Herr Kotulla warnt vor vorschnellen Finanzierungszusagen an die Vereine und erläutert die Vorgaben für den Neubau eines Vereinsheims: auf der Grundlage eines positiven Votums der beiden Fachausschüsse ABKSS und FLA werde die Verwaltung Verhandlungen mit interessierten Vereinen führen, wie der Bau eines Vereinsheims zum Nutzen von Schulen und Vereinen finanziert werden kann. Da die Kreditgrenze durch das Haushaltssicherungskonzept ausgeschöpft sei, komme eine Darlehensaufnahme seitens der Stadt nicht mehr in Frage. Kosten für eine Zwischenfinanzierung sind zusätzlich im Haushaltssicherungskonzept zu verankern. Aus diesem Grund müsse erst die Alte Schule Bärbroich verkauft werden, um aus dem Verkaufserlös anteilig die Kosten für den Neubau finanzieren zu können.

Herr Kleine fürchtet mehrjährige Verzögerungen, wenn noch mit weiteren Vereinen verhandelt werden soll. Schon jetzt sei die Ausnutzung des geplanten Neubaus von Vereinsheim und Gymnastikhalle gesichert. Er stellt für die SPD-Fraktion, unterstützt von der FDP-Fraktion, BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN und der KIDinitiative folgenden Antrag:

Der ABKSS empfiehlt dem FLA folgenden Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, Verhandlungen mit dem Herkenrath und dem TTC Bärbroich aufzunehmen, die den Neubau eines Vereinsheims mit integrierter Gymnastikhalle durch eine Beteiligung der Stadt am Schuldendienst ermöglicht. Nach erfolgten Verkauf der Schule Bärbroich wird ein entsprechender Zuschuss gewährt.

Dieser Beschlussvorschlag wird **mehrheitlich** mit den Stimmen der CDU **abgelehnt**:

6

<-@

Änderung der Trägerschaft der Bürgerzentren Refrath/Haus Steinbreche und Schildgen/Katterbach

@->

Herr Dr. Speer informiert, dass inzwischen Vertragsentwürfe erarbeitet wurden, die von den beiden Vereinen weitgehend akzeptiert werden: der neu gegründete Verein „Bürgerzentrum Haus Steinbreche e.V.“ prüfe derzeit, ob er in der Lage sei, das Projekt wirtschaftlich und organisatorisch zu schultern.

Herr Dr. Miede schlägt vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltung noch um präzise Angaben zur Laufzeit der Verträge und zur Frage, wer eventuell anfallende größere Reparaturkosten tragen müsse, zu erweitern.

Herr Dr. Speer erläutert, dass die Verträge einen Passus enthalten, die die Übernahme kleinerer Reparaturkosten bis zu einer bestimmten Höhe von den Vereinen zu tragen sei; die übrigen übernehme die Stadt.

Die CDU, informiert Herr Dehler, sei mit einer Vertragslaufzeit von 2 – 3 Jahren einverstanden und lege ebenfalls Wert auf einen Zwischenbericht nach einem Jahr. Herr Nagelschmidt weist daraufhin, dass durch die Begrenzung der Vertragslaufzeit die Stadt rechtzeitig aussteigen könne, wenn sehr hohe Reparaturkosten anfallen sollten.

<-@

@->

Der ABKSS fasst **einstimmig** folgenden **ergänzten** Beschluss (Ergänzung unterstrichen)

Der FLA möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, zur Umsetzung der Maßnahme 4.5 des Haushaltssicherungskonzepts „Übertragung der Trägerschaft der Bürgerzentren an Vereine“ auf der Grundlage der in der Vorlage genannten Eckpunkte

a) mit dem TUS Schildgen über die Übernahme der Trägerschaft des Bürgerzentrums Schildgen/Katterbach zu verhandeln und mit ihm einen Besitzüberlassungsvertrag

und

b) mit dem Verein „Bürgerzentrum Haus Steinbreche e.V.“ über die Übernahme der Trägerschaft des Bürgerzentrums Refrath/Haus Steinbreche zu verhandeln und mit ihm einen Trägerschaftsvertrag

abzuschließen.

2. Die Laufzeit der Verträge soll mindestens 2 Jahre betragen. Nach Ablauf des ersten Jahres soll dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport ein Erfahrungsbericht vorgelegt werden.
3. Der entstehende strukturelle Fehlbetrag im Haushaltssicherungskonzept von ca. 38.000 € ist bei der Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzepts im Rahmen des Haushalts 2005 auszugleichen.

7

<-@

Sonderförderung Kultur 2. Halbjahr

@->

Frau Dr. Weil lobt die gute Zusammenarbeit der städtischen Kultureinrichtungen mit den Kulturvereinen und die umsichtigen Vorschläge der Kulturverwaltung zur Verteilung der Mittel „Sonderförderung Kultur“.

Der ABKSS fasst **einstimmig** folgenden Beschluss:

<-@

@->

Aus den Mitteln der Sonderförderung Kultur (Hst. 1.300.718.21) werden folgende Projekte gefördert:

1. „Bergisch Gladbach liest ein Buch“ (Goethe-Gesellschaft)
2.000,00 €
2. Film – und Tonbildschau „Seelenlust – Lotte Hörmann-Siller und Eduard Mörike“
500,00 €
(Michael Gnade/Dina Savi)
3. Faure-Requiem (tonart)
900,00 €
4. Ausstellungskatalog „Johannes Maaßen“ (Bergischer Geschichtsverein,
1.000,00 €
Abt. Rhein-Berg)
5. Weltkindertag in Paffrath – Tanzprojekt (Ballettschule Korb-Hrankovic)
100,00 €

8

<-@

Theaterbericht 2003

@->

Herr Dr. Speer entschuldigt den Geschäftsführer der Bürgerhaus Bergischer Löwe GmbH, der aus dienstlichen Gründen den kurzfristig angesetzten Termin dieser Sondersitzung nicht wahrnehmen könne, aber Fragen zum Theaterbericht zügig schriftlich beantworten werde.

Frau Böhrs erkundigt sich, welche Konzeption für das in der Vorlage erwähnte Kulturbüro (S. 25, letzter Absatz) in der Villa Zanders angedacht sei. Sie erinnert daran, dass ihre Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN schon seit Jahren ein Kulturbüro fordere.

Herr Dr. Speer verweist auf die Ausführungen in der Vorlage 215/2004 aus der letzten Sitzung dieses Ausschusses am 04.05.04 zur Umwandlung der Kulturverwaltung in ein Kulturbüro: geplant sei die Integration der jetzigen Kulturverwaltung in den GL Kultur / Kulturbetrieb Bergisch Gladbach als weiterer Teilbetrieb.

Frau Dr. Weil und Herr Dehler sprechen für die CDU-Fraktion der Geschäftsführung ein Lob für den umfassenden und beeindruckenden Theaterbericht aus und für die erfolgreiche Arbeit: sowohl durch die Kürzung der Aufführungen als auch durch die Preisgestaltung der Eintrittsgelder sei es gelungen, dass die Ausgaben in 2004 nicht über die von 2003 gestiegen seien. Trotz der Kürzung des Betriebskostenzuschusses um 150.000 € werde das Ergebnis 2004 ausgeglichen sein. Sollte im kommenden Jahr eine Steigerung der Kosten bei qualitativ hochwertigen Veranstaltungen unvermeidlich sein, sollte der Theaterzuschuss nach Möglichkeit angepasst werden. Die Geschäftsführung möge überlegen, ob durch eine Anhebung der Eintrittspreise bei attraktiven und besonders gut besuchten Veranstaltungen über die Kostendeckung hinaus angehoben werden können, um weniger gut besuchte, da schwierige Stücke, subventionieren zu können.

Herr Dr. Mieke möchte in jedem Fall das Angebot des fremdsprachlichen Theaters weitergeführt wissen und schlägt vor, in den weiterführenden Schulen in den Grund- und Leistungskursen der Oberstufe intensiv für diese Aufführungen zu werben. Er erkundigt sich, auf welche Weise festgestellt wurde, dass „die Reaktionen des Publikums auf alle o.a. Maßnahmen [...] bisher eindeutig positiv“ waren (S. 23 unten). (Die schriftliche Beantwortung wird zugesichert.)

9

<-@

Anträge der Fraktionen

@->

Es werden keine Anträge gestellt.

10

<-@

Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Koshof er erkundigt sich nach dem Sachstand „Eissport/Eissportverein“ in Bergisch Gladbach.

Herr Dr. Speer berichtet, dass in einem am 28.06.04 im Fachbereich 4 stattgefundenen Gespräch zwischen Eissportverein, Betreibergesellschaft der Eissporthalle und der Verwaltung nach einer Lösung gesucht wurde, wie der Eissport weitergeführt werden kann, da alle Beteiligten Planungssicherheit für die Saison 2004/2005 benötigen. Die Betreibergesellschaft habe einen Vorschlag gemacht, über den die Entscheidung noch ausstehe.

Herr Kierspel berichtet über ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister von Gelsenkirchen: dort sei das Sportamt aufgelöst worden und die Aufgaben, das Personal und die

Sportstätten eine Zweckverband oder Trägerverein übergeben wolle, nur eine Verwaltungskraft sei noch Ansprechpartner und habe Koordinierungsaufgaben. Er regt an zu prüfen, ob die Umstrukturierung auch für Bergisch Gladbach möglich und Kosten sparend sein könne.

Herr Kotulla erinnert daran, dass gemeinsam mit der Politik der Bereich Kultur, Schule und Sport durch die Auflösung des Sportamtes, des Kulturamtes und des Schulverwaltungsamtes und die Überführung ihrer Aufgaben in den Fachbereich 4 Bildung, Kultur, Schule und Sport bereits bis zur Grenze des Tragbaren verschlankt worden sei. Dennoch sei die Verwaltung bereit, sich über das Gelsenkirchener Modell, das möglicherweise die Gründung einer städtischen GmbH beinhalte, und anderen Konzepten zu erkundigen.

(Nachrichtlich: "Der Bereich Sport wird nicht mehr in der Stadtverwaltung Gelsenkirchen wahrgenommen. Wie einige andere größere Kommunen auch, hat Gelsenkirchen die Verwaltung der Sportstätten ausgelagert. Interessant ist hierbei, dass dies nicht in eine Sportstätten GmbH, wie in einigen anderen größeren Kommunen (z.B. Köln), sondern einem Verein "Gelsensport" übertragen worden ist. Dieser Verein ist aus dem bisherigen Stadtsportverband Gelsenkirchen entstanden.

Die Mitarbeiter der Stadt Gelsenkirchen blieben Mitarbeiter der Stadt und wurden dem Verein zur Mitarbeit zugewiesen. Der Stadt entstehen daher auch weiterhin Kosten für Personal und die weiter notwendige Sportförderung in Form von Zuschüssen etc..

Zu den genaueren vertraglichen Grundlagen und tatsächlich entstehende Kosten für die Stadt Gelsenkirchen müssen noch genaue Recherchen durchgeführt werden. Das Ergebnis wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport erläutert.")

Herr Dehler erkundigt sich nach der Realisierung der Ganztagsbetreuung an den 5 Schulen: ob rechtzeitig die geplanten Umbau- bzw. Neubaumaßnahmen durchgeführt werden können, ob die Finanzierung sichergestellt sei und mit welchen Träger die Kooperationsverträge abgeschlossen und wie der Personaleinsatz sichergestellt werde?

Die Verwaltung wird die Fragen schriftlich beantworten.

Herr Nagelschmidt bittet um einen Sachstandsbericht über den Neubau einer Sporthalle an der GGS „An der Strunde“ und über die weitere Planung.

Die schriftliche Beantwortung durch die Verwaltung wird zugesichert.

Frau Böhrs nimmt Bezug auf die Anfrage der Ausschussmitglieder Baeumle-Courth, Schneeloch und Dehler in der letzten Sitzung dieses Ausschusses zur Sanierung der GGS Moitzfeld und die Anfrage von Herrn Baeumle-Courth zur Sicherstellung der Dreizügigkeit dieser Schule. Bisher liege erst eine Zwischennachricht vor.

Herr Pütz erläutert, dass sich in einem Treffen das Hochbauamt, die Schulleitung und die Schulverwaltung auf ein abgespecktes Raumprogramm, das finanzierungsfähig sei, geeinigt habe. Nun sei das Hochbauamt mit der Planung beschäftigt. Sobald die Planung, die auch die Dreizügigkeit der Schule ermöglichen solle, stehe, werde sie den zuständigen Stadtverordneten für den Bereich Moitzfeld vorgestellt werden. Bis zum Sommer 2006 müsse der Anbau bzw. Neubau fertig sein.

Herr Dr. Mieke bittet um einen Sachstandsbericht zur Zukunft des Richard-Zanders-Bades.

|

<-@